

Gemeinderat von Zürich

20.08.03

Interpellation

von Doris Fiala (FDP)
und Catrina Luchsinger (FDP)

Es gibt Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt Zürich, die in letzter Zeit von Zuständen sprechen, als ob es in den Stadtkreisen 4 und 5 „rechtsfreie Räume“ gäbe.

Als beunruhigendes Beispiel wurde an die Interpellantinnen ein Beispiel herangetragen, welches das Wochenende des G8-Gipfels (29. Mai 2003) betraf. Die Eltern eines jugendlichen Opfers, welches eine schwere Auseinandersetzung vor dem Kanzleiareal beinahe mit dem Leben bezahlt hätte, berichten, die Polizei habe den Aggressor nicht verfolgen können – obwohl der Täter noch in Sichtweite gewesen sei - weil zu wenig Frontmitarbeitende (dem Vernehmen nach nur gerade zwei Streifenwagen in der ganzen Stadt Zürich) zur Verfügung gestanden hätten.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Stimmt es, dass am Wochenende des G8-Gipfels massiv weniger Frontarbeitende in der Stadt Zürich zur Verfügung standen und deshalb selbst nach schwerstem Vorfall von Gewalt keine Verfolgung des Aggressors/Täters stattgefunden hat?
2. Wie viele Zürcher Polizisten waren in die Region des G8-Gipfels entsandt worden? Wurde diese Mitarbeit der Stadtpolizei finanziell abgegolten?
3. Wurde diese Zusammenarbeit vom Bund angeordnet oder geschah sie auf freiwilliger Basis, bzw. auf Initiative der Stadt Zürich?
4. Trifft es zu, dass für die ganze Stadt Zürich nur gerade 2 Polizeiwagen im Einsatz waren am besagten Wochenende?
5. Hat es sich dabei effektiv um eine Ausnahme gehandelt oder ist der Zustand, dass zu wenig Streifenwagen in Einsatz geschickt werden können ein permanenter Zustand?
6. Wie viele Streifenwagen sind normalerweise tagsüber und in der Nacht im Einsatz in der Stadt Zürich und insbesondere in den Stadtkreisen 4 und 5?
7. Was entgegnet der Stadtrat Bewohner- und Bewohnerinnen, die von sogenannten rechtsfreien Räumen sprechen und was gedenkt der Stadtrat zu tun, dass auch das Sicherheitsempfinden wieder verbessert werden kann?
8. Welche Massnahmen plant der Stadtrat, damit allenfalls Abhilfe geschaffen und die Sicherheit in den besagten Stadtkreisen erhöht wird.

Antrag auf dringliche Behandlung